

Hessische Polizei muss bundesgesetzlichen (Neu-)Regelungen mit zusätzlichen Personaleinstellungen und Haushaltsmitteln begegnen!

In der letzten Septemberwoche kam in Berlin der Bundesrat zusammen. Zuvor empfing Innenminister Prof. Dr. Poseck in Wiesbaden den GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke zu einem Meinungsaustausch. Als Landesvorsitzender nahm ich ebenfalls am Gespräch teil. Innenminister Poseck unterstrich im Dialog die Wichtigkeit der GdP als größte Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte in Hessen und deutschlandweit. Zudem erläuterte er die im Koalitionsvertrag niedergelegten Verbesserungen bei der hessischen Polizei und zog Bilanz nach den zurückliegenden Tarifverhandlungen in Hessen und den damit einhergehenden Verbesserungen in der Beamtenbesoldung. Wermutstropfen: Diese werden aber erst im kommenden Jahr bei den Gehaltsabrechnungen spürbare Wirkung entfalten! Folgerichtig stellten wir fest, dass die Tarifübernahme einerseits nicht den „Mühlstein der verfassungswidrigen Besoldung“ in Hessen leichter macht, der unserer Landesregierung „um den Hals gelegt ist“. Mit Blick auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist in diesem Jahr leider nicht davon auszugehen, dass eine Befassung mit der hessischen Beamtenbesoldung zu erwarten ist. Dass das BVerfG zu keinem anderen Ergebnis als der VGH kommen wird, dürfte auch der Einschätzung der Landesregierung und der Landtagsfraktionen entsprechen. Bisher wurden weder Berechnungen vorgelegt, wie hoch die Besoldung mindestens sein muss, noch wurde dargestellt, durch welche Maßnahmen das Land Hessen die Besoldung verfassungskonform weiterentwickeln möchte.

Jochen Kopelke lobte die hessischen Regelungen bei der Bekämpfung schwerster Kriminalität. Mit hessenDATA steht den Ermittlerinnen und Ermittlern ein wirksames Tool



V. l. n. r.: Landesvorsitzender Mohrherr, Bundesvorsitzender Kopelke, hess. Innenminister Prof. Dr. Poseck

zur Verfügung, das leider, schaut man in viele andere Bundesländer, nicht jeder Landespolizei vergönnt ist. Minister Poseck wies darauf hin, dass Hessen mit Blick auf die innere Sicherheit bereits Anträge im Bundesrat und damit auch im Bundestag gestellt hat. Jochen Kopelke lobte dieses Vorgehen ausdrücklich. Ende September waren es NRW und Schleswig-Holstein, die ebenfalls Anträge zur inneren Sicherheit in den Bundesrat einbrachten. Für dieses Engagement kann man den Landesregierungen als Polizist nur dankbar sein. Wir freuen uns über die breite Zustimmung und Unterstützung. Im Weiteren wurden in dem über eine Stunde andauernden Gespräch Themen wie Messergewalt, Verschärfung des Strafrechts zur Terrorismusfinanzierung, Funkzellenabfragen und die IP-Speicherfristen beraten. Einigkeit bestand bei der Bewertung der aktuellen innenpolitischen Lage. Die Länderhaushalte, darunter auch Hessen, litten gegenwärtig unter einbrechenden Steuer-

einnahmen. Jochen Kopelke verwies auf den Bundeshaushalt und die dazugehörigen Initiativen. Zusätzliche Stellen beim BKA und der Bundespolizei seien damit verbindlich zugesagt. NRW sei bereits vorbildlich mit einem Sicherheitspaket vorangegangen, unterstrich der GdP-Bundeschef. So brauche es unter anderem schnellstmöglich eine Regelung zur Speicherung von IP-Adressen zur Verfolgung schwerer und schwerster Straftaten sowie Background-Checks bei einreisenden Personen aus Operationsgebieten terroristischer Gruppierungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Minister Poseck verdeutlichte die personellen und materiellen Bemühungen der hessischen Landesregierung und betonte den Austausch darüber mit der GdP Hessen. Mit Blick auf die anstehenden Beratungen zum hessischen Landeshaushalt nehmen wir Sie gerne beim Wort, Herr Minister! Mit angezogener Schuldenbremse kommen wir jedenfalls keinen Meter weiter!

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



„Wir begrüßen die 411 im September eingestellten angehenden Kolleginnen und Kollegen

Respekt-Kampagne alleine reicht nicht aus

In dieser Ausgabe befassen wir uns auch mit der Respekt-Kampagne der Landesregierung. Sie ist durchaus wertschätzend und angemessen, wenn man sich die Angriffszahlen auf Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr anschaut. Die ab Januar 2025 angehobene Polizeizulage auf 160 Euro für unsere Kolleginnen und Kollegen bleibt weit hinter den 228 Euro bei der Bundespolizei zurück. Mehr noch: Unsere Versorgungsempfänger gehen leer aus, weil die Landesregierung es einfach nicht möchte! Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bleibt also Forderung und Wunsch zugleich! Mit den Zulagen alleine ist es aber längst nicht getan.

straße sein kann, wissen die Beteiligten im Hauptpersonalrat der Polizei und im Landespolizeipräsidium. Die Kriminalpolizei wurde im Projekt 24 einer ganzheitlichen Betrachtung unter der Leitung des Inspektors der Polizei, Thomas Seidel, und des Präsidenten des HLKA, Andreas Röhrig, unterzogen. Das Projekt 24 ist die strategische Antwort auf die neuen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung in Hessen. Die fachliche und digitale Weiterentwicklung sowie die Modernisierung der Kriminalitätsbekämpfung sind das Ziel. Klare Kante der GdP: Ohne zusätzliches Personal bei der Kriminalpolizei werden wir die angestrebte effektive Kriminalitätsbekämpfung nicht schaffen! In der Septembersitzung wurde im Hauptpersonalrat der Polizei ein neues Projekt „S 25“ angekündigt. In diesem sollen unter der Leitung von

wirken, wenn Erforderlichkeit und Nachvollziehbarkeit durch eine absolute Transparenz bei unseren Beschäftigten auch ankommen. Hierzu eignen sich hervorragend die Personalversammlungen in den Polizeibehörden.

Herzlich willkommen: Neue Polizei- und Kriminalkommissare haben ihr Studium begonnen

An dieser Stelle begrüßen wir die im September eingestellten Kolleginnen und Kollegen! 411 Frauen und Männer fanden letztlich den Weg zu den Studienstandorten in Kassel, Gießen, Wiesbaden und Mühlheim am Main. Auch die GdP konnte im Verlauf der wieder gut organisierten Berufsvertretungsstunden viele Kolleginnen und Kollegen begrüßen und in die GdP-Familie aufnehmen. Seit Jahren werden dringend mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße benötigt. Die politischen Entscheidungen der Vergangenheit haben die Polizei in ihrem Arbeitsalltag längst eingeholt. Die Boomer-Generation geht in ihren wohlverdienten Ruhestand und reißt ein personelles Loch. Das Studium stellt hohe Anforderungen an die angehenden Kolleginnen und Kollegen. Damit auch die Qualität des Studiums auf einem hohen Level bleibt, müssen im Dialog im Hauptpersonalrat der Polizei und insbesondere im Austausch zwischen GdP und dem Präsidenten der HöMS, Walter Seubert, bestehende „Unwuchten“ schnell ausgeräumt werden. Die Aufgaben und Anforderungen an die Polizei wachsen stetig und gleichzeitig nimmt der öffentliche Fokus auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen zu. Damit die Polizei im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann, ist es absolut notwendig, dass die Ausbildung höchsten Qualitätsstandards gerecht wird. Ausgewählte Konzepte, Verfahren und Instrumente in der Ausbildung dürfen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Höheren Einstellungszahlen muss durch die Bereitstellung höherer Sachmittel nachweislich Rechnung getragen werden. Auch diese Komponenten werden wir anlässlich der Haushaltsberatungen zum Landeshaushalt 2025 einbringen!

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender



Im Bereich der Polizei braucht es spürbare personelle Entlastungen. Mehr als vier Millionen Überstunden stehen zu Buche, Tendenz steigend. Daran werden auch die im Dezember zum Jahresende vergüteten Mehrdienststunden nicht allzu viel ändern. Es braucht Erholungsphasen, damit sich Körper und Geist regenerieren können. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dass sich dies alles mit dem hessischen Personalkörper in der derzeitigen ausgeprägten Form nicht realisieren lässt, liegt auf der Hand. Es bedarf also kluger Konzepte, um bei Kriminal- und Schutzpolizei mit dem Bestandspersonal effektiver arbeiten zu können. Dass das Ganze keine Einbahn-

LPP Robert Schäfer und dem Polizeipräsidenten des PP Westhessen, Felix Paschek, schutzpolizeiliche Herausforderungen und die Weiterentwicklung der hessischen Polizei nach der Polizeireform 2000 betrachtet werden. Wir werden als GdP auch hier nicht nachlassen, die längst überfälligen personellen Verstärkungen immer wieder einzufordern. Neue Revierzuschnitte innerhalb bestehender Polizeipräsidien, Revierzusammenlegungen und Veränderungen in den Arbeitsabläufen (Schicht- und Wechselschichtdienst) bedürfen einer konsequenten Mitbestimmung der Personalräte. Eine „Neuorganisation im Bereich der Schutzpolizei“ kann nur dann erfolgreich

Auch Mensch – Auftakt 2012



Fotos: GdP (2)



Auch Mensch – Version 2.0

RESPEKT alleine reicht nicht

Das Wort Prävention wird innerhalb der Polizei seit Jahren großgeschrieben und mit viel personellem Aufwand in alle Richtungen betrieben. Ob Einbruch, Internetkriminalität, Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder auch Extremismus. In vielen Bereichen gibt es entsprechende Programme zur Prävention. Die ständig steigenden Zahlen von Angriffen auf Polizeibeamte erfordern es ebenfalls, entsprechende präventive, neben den repressiven, Maßnahmen zu starten. So war es die GdP mit der Kampagne „Auch Mensch“, die vor vielen Jahren bereits die Zeichen der Zeit erkannt und Aufklärungsarbeit betrieben hat. Vor ein paar Jahren machte dann auch die Politik den Auftakt hier in Hessen mit der Einführung der Schutzschleife für die ganze Blaulichtfamilie. Innenminister a. D. Beuth ließ sich allerorten dafür feiern, ohne wirkliche Erfolge vorweisen zu können. Wieder war es die GdP, die an dieser Stelle mit der Kampagne „Auch Mensch 2.0“ ein gutes Zeichen setzte, um diesem Thema Nachdruck zu verleihen. Auch der DGB machte sich dieses Thema zu eigen, da die Angriffe auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zunahmen. Mit der Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“



Auftakt Respekt PP Mittelhessen – Minister Dr. Poseck, PP Krückemeier, HPR-Vorsitzender Klimpke

Hauptstadtkreis bildete ein gelungenes Zwischenhoch! Es konnte eine breite Öffentlichkeit erreicht und sensibilisiert werden. Kein Aufwand darf an dieser Stelle gescheut werden, da die Krisen und aktuellen Geschehnisse die Hemmschwelle an vielen Punkten deutlich sinken lassen. Dazu kommen die vielen Entwicklungen im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit. Allen voran die GdP, aber auch Gewerkschaften, beispielsweise aus dem Bereich der Feuerwehr, und bürgerliche Foren werden nicht müde, das Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte weiter präsent zu halten. Dies hatte unter anderem die große Demonstration im Mai in Frankfurt gezeigt. Nun hat auch die aktuelle Landesregierung in Hessen neue Maßnahmen beschlossen, um das Thema weiter voranzubringen. Innenminister Prof. Dr. Poseck gründete eigens einen runden Tisch unter Beteiligung der Gewerkschaften. Hier haben wir

Schlagworte werden hier regelmäßig bedient. Eine dieser Maßnahmen war die bereits im Koalitionsvertrag verkündete Erhöhung der Polizeizulage. Diese wird zum 1. Januar 2025 auf 160 € angehoben, leider ohne die Ruhegehaltsfähigkeit wiederherzustellen. Die Erhöhung der Polizeizulage, die durch die GdP lange gefordert wurde, war eine der Maßnahmen im sogenannten Respekt-Paket. Weitere Maßnahmen in diesem Paket sind unter anderem die fortlaufende Modernisierung der persönlichen Schutzausstattung, Ausweitung vom Taser oder auch die Ausflächung der Bodycam an die kommunalen Ordnungsbehörden. Die Fortführung der Schutzschleifenkampagne und die Sensibilisierung über die gängigen Social-Media-Kanäle gehören ebenso dazu. Darüber hinaus gab es beispielsweise in Gießen den Auftakt der Respekt-Kampagne für



Minister Poseck und StS Rößler bei der Essensausgabe

wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, um das Thema bundesweit präsenter zu machen. Die Veranstaltung im September 2023 in Berlin mit Joachim Gauck, als Mann der klaren Worte, und einer Podiumsdiskussion mit Abgeordneten aus dem Berliner

als GdP bereits mehrfach informiert. Im Nachgang zu dem runden Tisch verkündete der Innenminister Prof. Dr. Poseck zusammen mit dem Ministerpräsidenten Rhein ein weiteres Maßnahmenpaket beim Besuch einer Wache der Feuerwehr in Frankfurt. Zahlreiche



Grillfest HMDI – Baltruschat, Mohrherr, Schönke, Klimpke



Foto: Daniel Klimpke

Eingangsschild

den Bereich des PP Mittelhessen. Hier zählt eine Wanderausstellung „Gewalt gegen Polizeibeamte“ zu den Inhalten. Auch im PP Westhessen gab es mit der Vernissage eine Veranstaltung zu diesem Thema. Mit der Initiative „Der Mensch dahinter“ der Gesellschaft „Bürger und Polizei“ soll ebenfalls Aufmerksamkeit für das Thema geschaffen werden. Der Flyer zu dieser Veranstaltung ähnelt sehr der oben beschriebenen Aktion „Auch Mensch“ der GdP. Gute Ideen dürfen für die gute Sache gerne als Inspiration herhalten. Jüngst gab es auch einen Grillabend als Dankeschön des Innenministers für die Blaulichtfamilie im hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz. Am 18. September 2024, dem offiziellen „Tag des Respekts“ waren 500 Vertreter aus Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst „auf eine Bratwurst“ geladen. Hier stand die Hauspitze noch persönlich am Tresen und bediente die anwesenden Gäste. Dies darf man getrost als nette Geste werten, die zwar niemandem auch nur einen Euro mehr in der Tasche beschert, aber doch ein Zeichen der Wertschätzung ist. Wichtig ist und bleibt jedoch, dass hier weitere Maßnahmen geleistet werden, die den Respekt und die Anerkennung für die Einsatzkräfte sicherstellen. Ein Anlass ist immer gegeben, solange die Zahl der Angriffe auf Einsatzkräfte jährlich steigt. Im vergangenen Jahr hat es einen traurigen Höchststand gegeben. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 5.200 Einsatzkräfte aus Hessen Opfer einer Straftat, davon ist der Polizeibereich mit großem Abstand am meisten betroffen. 5.056 Polizisten (5.056), 24 Feuerwehrleute und 171 Einsatzkräfte von Rettungsdiensten waren im vergangenen Jahr Opfer in Ausübung ihrer Pflicht.

Daniel Klimpke

Sollte Beförderungserschleichung weiter als Straftat gelten?



Foto: M. Hüschelbett

Das Thema Beförderungserschleichung wird seit Jahren immer wieder ausgiebig diskutiert – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Etwa 7.000 Menschen sitzen in Deutschland jährlich wegen Fahrens ohne Fahrschein im Gefängnis. Das Delikt wird volkstümlich meist „Schwarzfahren“ genannt, laut Wikipedia „eine Ableitung des Begriffs ‚schwärzen‘, mit dem zunächst der Schmuggel, später alle möglichen Arten von illegalen Aktivitäten (z. B. Schwarzbrennerei) bezeichnet wurden“.

Eine Studentin der Goethe-Universität in Frankfurt setzte sich im Mobilitätsausschuss des Römers für die Entkriminalisierung dieses Delikts ein, doch der Magistrat lehnte ab. Auch die Stadtverordneten von Hanau hatten einige Wochen zuvor gegen eine Änderung entschieden.

Die Studentin wies darauf hin, dass Deutschland jährlich 114 Millionen Euro für die Strafverfolgung in diesen Fällen ausgeben, was sechs Prozent der strafrechtlichen Verfolgungen ausmacht und das Justizsys-

tem stark belastet. Allein in Frankfurt gebe es 2023 fast 4.000 Strafanzeigen wegen Fahrens ohne Fahrschein. Viele der Betroffenen seien arm und könnten sich die Geldstrafe nicht leisten. Häufig werde die Geldstrafe in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt, was die psychische Gesundheit der Inhaftierten stark beeinträchtigt.

Mehrere Städte wie Bremen, Köln oder Wiesbaden verzichten bereits darauf, Strafanzeigen in solchen Fällen zu stellen, was die Studentin auch für Frankfurt forderte. Der Magistrat argumentierte jedoch, dass Frankfurt nicht allein vorangehen wolle und eine Gesetzesänderung auf Bundesebene abwarten müsse. Aber auch dort gibt es kritische Stimmen zum Thema.

Über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forderten kürzlich in einem offenen Brief an Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die Abschaffung der Haftstrafe für Fahren ohne Fahrschein.

Das Bundesjustizministerium unter Marco Buschmann bestätigte, dass es konkre-

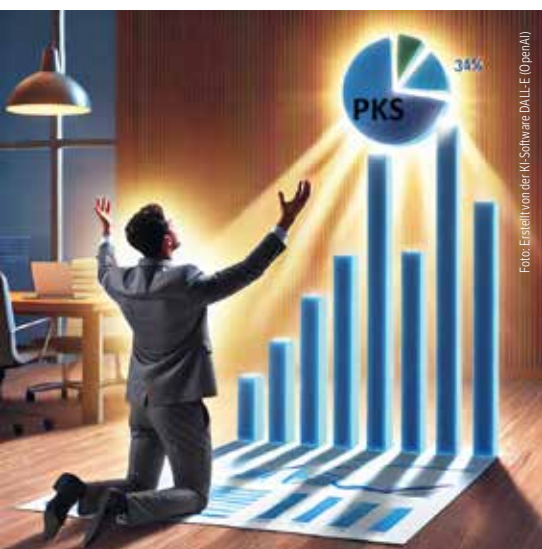


te Überlegungen gibt, den Straftatbestand der Beförderungerschleichung in eine Ordnungswidrigkeit umzuwandeln. Bereits Ende letzten Jahres veröffentlichte das Ministerium ein Eckpunktepapier zur Strafrechtsreform, in dem es heißt, der Unrechtsgehalt der Beförderungerschleichung sei so gering, dass eine strafrechtliche Verfolgung nicht gerechtfertigt sei. Auf Anfrage teilte das Ministerium mit, dass ein entsprechender Referentenentwurf „zeitnah“ vorgelegt werde.

Ob Beförderungerschleichung (also das Fahren ohne Ticket in Bus oder Bahn) als Straftat gemäß § 265a StGB (Erschleichen von Leistungen) gelten sollte, ist umstritten. Hier sind die wichtigsten Argumente dafür und dagegen:

Argumente dafür, dass Beförderungerschleichung eine Straftat bleiben sollte:

- 1. Abschreckung:** Wenn Beförderungerschleichung eine Straftat ist, könnte das Menschen davon abhalten, ohne Ticket zu fahren.
- 2. Zahlungsgerechtigkeit:** Wer zahlt, erwartet, dass auch andere zahlen. Wenn Beförderungerschleichung bestraft wird, fühlt es sich fairer an.
- 3. Ordnung schon im Kleinen:** Das Gesetz zeigt, dass Regeln wichtig sind und eingehalten werden müssen.
- 4. PKS:** Politiker und Statistikfreunde können mit dem Delikt die Aufklärungsquote steigern, da nahezu immer die Täter durch Kontrollen ermittelt sind.



Deus ex statistica

Argumente dagegen, dass Beförderungerschleichung eine Straftat sein sollte:

- 1. Verhältnismäßigkeit:** Manche finden es übertrieben, Beförderungerschleichung als Straftat zu behandeln, besonders wenn es oft ärmere Menschen sowie Obdachlose betrifft. Eine Geldstrafe könnte reichen.
- 2. Entlastung von Behörden:** Weniger Beförderungerschleichungsfälle als Straftat würden die Gerichte entlasten, sodass sie sich auf ernstere Vergehen konzentrieren könnten. Sehr oft wird Beförderungerschleichung gemäß § 153 I Satz 1 und 2 StPO wegen Geringfügigkeit eingestellt, nachdem sich Polizei und Staatsanwaltschaft wegen eines häufig einstelligen Ticketpreises mit der entsprechenden Anzeige beschäftigt haben.
- 3. Soziale Gerechtigkeit:** Arme Menschen werden durch die Kriminalisierung härter getroffen. Ohne die Einstufung als Straftat wäre es gerechter, zumal die Verkehrsbetriebe meistens ein „erhöhtes Beförderungsentgelt“ von Menschen ohne Ticket erheben – zusätzlich zur Strafanzeige.

Alternative Lösungen:

Ob Beförderungerschleichung als Straftat gelten sollte, hängt davon ab, was die Gesellschaft als gerecht und sinnvoll empfindet. Manche Städte haben Beförderungerschleichung entkriminalisiert und stattdessen höhere Geldstrafen eingeführt (z. B. Karlsruhe, Mainz, Wiesbaden, Köln, Bremerhaven, Düsseldorf, Münster, Bremen, Halle, Dresden und Potsdam). Dadurch werden dort die Behörden weniger belastet. Somit haben wir, wie bei vielen Regelungen, unterschiedliche Regelungen im Gebiet der BRD.

Andere Regionen überlegen, ob der öffentliche Verkehr kostenlos sein sollte, damit niemand ohne Ticket fährt. Seit Anfang 2024 läuft in Erlangen ein Pilotprojekt, bei dem der öffentliche Nahverkehr in der Innenstadt für drei Jahre kostenlos ist. Das Projekt soll die Innenstadt attraktiver machen und den Umstieg vom Auto auf den Bus erleichtern. Besonders Autofahrer, die in die Stadt fahren, können ihr Auto am Stadtrand parken und ohne zusätzliche Kosten mit dem Bus weiterfahren. Die Stadt plant, jährlich etwa 300.000 Euro für die Kompensation der wegfallenden Einnahmen aufzubringen. Die Ergebnisse des Projekts werden regelmäßig überprüft, um dessen Erfolg zu bewerten.

Aus polizeilicher Sicht wäre ein Wegfall des § 265a StGB absolut erstrebenswert. In Zeiten von Personalknappheit bei immer mehr und mehr Aufgaben müssen endlich Prioritäten gesetzt werden.

Markus Hüschentbett

Quellen:

- Mit Bus und Bahn: Politik soll Haftstrafe für Schwarzfahren abschaffen, FR vom 6. August 2024
 Fahren ohne Fahrschein: Frankfurter Magistrat besteht auf Anzeige, FR vom 13. September 2024
 Kein Ticket ab 2024: Erlangen beschließt kostenlosen Nahverkehr, BR24 vom 30. Juni 2024
 Schwarzfahren: Soll es strafbar bleiben oder nicht?, Deutschlandfunk vom 29. August 2024
 Hanau hat kein Erbarmen mit Schwarzfahrern, Offenbach Post vom 29. Mai 2024

Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

NEUER TERMIN mit NEUEM TREFFPUNKT

3. Dezember 2024, 13 Uhr

Reit- und Fahrverein Babenhausen

Außerhalb 19

64.832 Babenhausen

Anmeldung: janna.knutas@gdp.hessen.de



Drei Hessen und eine Niedersächsin

Foto: Klimpke

Demokratiekonferenz

Zur bundesweit ersten Demokratiekonferenz der Hauptpersonalräte der Polizei (PHPR) luden am 25. September 2024 der PHPR Niedersachsen und die Polizeiakademie Niedersachsen nach Hannover ein. Im Tagungshotel Wienecke XI. an der Hildesheimer Straße kamen neben den Vertretern der Hauptpersonalräte auch Vertreter der Jugend- und Auszubildendenvertretungen einzelner Länder hinzu. Andrea Mählmann, stellvertretende Vorsitzende des HPR Polizei in Niedersachsen, begrüßte die geladenen Teilnehmer und leitete gekonnt durch die Veranstaltung. Mit Jens Mohrherr, Karsten Bech und Daniel Klimpke nahmen drei hessische Vertreter an der Konferenz teil. Im Verlauf der Veranstaltung sprachen verschiedene Kollegen und auch Politikerinnen ihre Grußworte. Die Eröffnung vollzogen der aktuelle Vorsitzende des HPR Niedersachsen, Sascha Göritz, und sein mittlerweile pensionierter Amtsvorgänger Martin Hellweg, als einer der Verantwortlichen des Demokratieprojekts. Im Anschluss zeichnete Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, den Weg seit Geburt der Idee eines Demokratieprojekts über die Einführung von Demokratiepäten bis hin zur ersten bundesweiten Demokratiekonferenz. Die Konferenz stand unter dem Motto: „De-

mokratie heißt mitwirken, heißt Mitbestimmung und Mitverantwortung.“ Ein treffendes Zitat von Otto Brenner. Den Forschungsauftrag und -inhalt beschrieb Dr. Dirk Götting, Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Akademie. Er sprach in seinem Vortrag auch die aktuelle Studie aus Niedersachsen zum Themenfeld Diskriminierung an. Hier muss man genau auf die Inhalte schauen. Die Studie sagt nicht aus, dass es Diskriminierung gibt, sondern dass es Arbeitsprozesse gibt, die eine mehr oder weniger hohe Anfälligkeit für Diskriminierung haben können. Gegner der Institution Polizei legen dies gerne anders aus. Dies ist aber definitiv falsch. Niedersachsen hat mit der Einführung von nebenamtlichen Demokratiepäten seinen Weg gefunden, um den politischen Diskurs innerhalb und außerhalb der Polizei mitzugestalten. Dies ist wichtig, da die Krisen der Zeit auch an der Polizei nicht spurlos vorbeigehen. So sank beispielsweise das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei laut Statista von 84 % im Sommer 2020 auf 77 % im Frühling 2023. Hier gilt es, mit Dialog und Aufklärung auch gegenzuwirken. Die Polizei als Ganzes muss wie keine andere Organisation für Fehler oder Misstrauen in die bzw. gegenüber der Politik geradestehen. Da ist es umso wichtiger, den

Bürgern zu erklären, was die Aufgaben der Polizei sind. Dazu benötigt man auch im Alltag eine ständige Begleitung der Arbeitsprozesse, um Fehler möglichst zu vermeiden. Hessen ist hier beispielsweise auch Mitglied im bundesweiten Netzwerk DemoPolis. Hier heißt es „Gemeinsam für demokratische Resilienz in Sicherheitsbehörden“. Neben den fachlichen Inhalten gab es ebenfalls einen Workshop zu verschiedenen Themen in Bezug auf die Arbeit der Hauptpersonalräte. Den Abschluss bildete ein politischer Abend mit Vertreterinnen und Vertretern des Niedersächsischen Landtags; an deren Spitze stand die Innenministerin des Landes Niedersachsen, Daniela Behrens. Hier konnte man die Möglichkeit nutzen, um politischen Vertretern mal den Polizeialltag näherzubringen. Eine wichtige Maßnahme, um die Entscheidungsträger im politischen Raum zu klugen Ideen anzuleiten, frei von parteipolitischen Ideologien, die nicht selten praxisfern sind. Alles in allem war dies eine gelungene Veranstaltung, die wohl nicht zum letzten Mal stattgefunden hat. Die Teilnehmer waren sich durchweg auch gewerkschaftsübergreifend einig, dass es Fortsetzungen für dieses Format geben muss.

Daniel Klimpke

100 Tage im Amt

Am 27. Mai 2024 fand die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei nach den Personalratswahlen 2024 statt. In dieser Sitzung wurde ich einstimmig zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt und konnte in der Folge mein neues Amt im Dienste der Beschäftigten der hessischen Polizei antreten. Die kommende Legislaturperiode wird aller Voraussicht die

erste seit acht Jahren, die wieder die normale Zeit von vier Jahren dauern wird.

Die hessische Polizei hat aktuell zahlreiche Themen zu bewältigen. Kleine und große Themen gilt es zu bearbeiten, um kluge und vertretbare Lösungen zu finden. Der (wahrscheinlich) größte Wandel der hessischen Polizei der letzten Jahrzehnte muss konstruktiv und kritisch begleitet werden, um für alle Beteilig-

ten das Bestmögliche herauszuholen und die Rahmenbedingungen im „Betrieb“ so positiv wie möglich auszugestalten. Das umfassendste Thema der ersten 100 Tage war natürlich die Europameisterschaft 2024 in Deutschland und damit auch in Hessen. Der Spielort Frankfurt stellte die hessische Polizei wieder einmal vor eine riesengroße Aufgabe. Laut den damit befassten Kollegen sprechen 1.225 Planungstage und 32 intensive Einsatztage eine eigene, deutliche Sprache. Die Umstellung des Schichtdienstes war wie bei der WM 2006 auch mit diesem Großereignis verbunden. Nach vielen Dis-



Übergabe am Löwen vor HMdI

kussionen und Erörterungen im Vorfeld verlief die eigentliche Veranstaltungszeit des Turniers weitgehend störungsfrei und ohne größere Zwischenfälle. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese knapp fünf Wochen eine sehr belastende und fordernde Zeit für alle Beteiligten gewesen ist. Neben dem nicht alltäglichen Dienstgeschehen musste ja schließlich noch das Privat-/Familienleben organisiert werden. Egal ob Mainarena, Stadion, Taunusstein oder der Grundschutz, alle Aufgaben wurden durch die eingesetzten Kollegen vorbildlich abgearbeitet. Als Wertschätzung für die geleistete Arbeit wurden durch das Innenministerium kurzfristig Gelder für eine Abschlussfeier freigegeben. 1.000 Beschäftigte der hessischen Polizei konnten den während der EM genutzten Verpflegungsstützpunkt in der Messe für einen kleinen Umtrunk in gebührenden Rahmen nutzen. Staatssekretär Rößler dankte den Einsatzkräften, auch stellvertretend für den im Urlaub befindlichen Minister, für das aufgebrachte Engagement und lobte nochmals ausdrücklich die vollbrachte Arbeit. Einziger Wermutstropfen der Veranstaltung war die geringe Teilnehmerzahl, da weit mehr als die 1.000 zugelassenen Beschäftigten an diesem Großereignis beteiligt waren.

Neben diesem Großereignis gibt es zahlreiche weitere Themen, die die hessische Polizei derzeit beschäftigt. Ein immer wiederkehrendes Dauerthema sind mögliche landesweit einheitliche Beurteilungsrichtlinien. Manch einer wird beim Lesen dieser Zeilen von einem Déjà-vu ereilt werden. Der wie viele Anlauf dieser Anlauf aktuell ist, kann kaum noch jemand genau sagen. Bisher kam es nie zu einem Ergebnis, welches im ganzen Hessenland Anklang gefunden hätte. Nun wurde durch das „Haus der Polizei“ ein neuer Versuch gestartet. Dies ist auch auf das Analyse- und Qualifizierungsverfahren zurückzuführen. Die hessenweit einheitliche Auswahl von Führungskräften könnte mit einem landesweiten Beurteilungsverfahren effektiver durchgeführt werden und sowohl transparenz- als auch akzeptanzfördernd wirken. Die Beurteilungsrichtlinien werden durch

eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Gremien, der Behörden und auch der Gewerkschaften erarbeitet, bevor das personalvertretungsrechtliche Beteiligungsverfahren eingeleitet wird. Es bleibt also auch in diesem Thema spannend, zumal Hessen wohl das einzige Bundesland ist, in dem es in der Polizei elf verschiedene Beurteilungsrichtlinien gibt.

Das Schlagwort „Haus der Polizei“ ist auch der Grund, warum es nicht langweilig wird bei der Arbeit im Hauptpersonalrat. Man kann fast sagen, es bleibt kein Stein auf dem anderen. Alles, was in der Vergangenheit vielleicht etwas stiefmütterlich oder auch gar nicht behandelt wurde, wird jetzt angepackt. Es gibt immer wieder die Aussage, dass es keine Denkverbote gibt. Aus der freien Wirtschaft werden Strukturmodelle adaptiert und Dienstwege verändert. Themen wie Strategie und Führung, Digitalisierung oder auch Organisationsstrukturen, alles wird angepackt und verändert. Leider muss man handelnde Personen immer mal wieder daran erinnern, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit das Gebot der Stunde sein sollte. Viele gute, wichtige und vor allem längst überfällige Entwicklungen werden angestoßen. Man könnte jedoch hier und da den Überblick oder Beschäftigte auf der Strecke verlieren. Da ist

es umso wichtiger, dass man auch nötige Veränderungen mit der gebotenen Ruhe angeht. Themen gibt es genügend zu bearbeiten. Die personellen Ressourcen hingegen sind endlich. Auch diesen Faktor gilt es zu berücksichtigen. Weitere Themen, die durch den HPR Polizei derzeit bearbeitet werden, sind u. a. die Themen Diversitätsmanagement, der Erlass äußeres Erscheinungsbild oder aber auch die Personalentwicklungskonzeptionen sowohl für den gehobenen als auch den höheren Dienst.

Die ersten 100 Tage waren von vielen Terminen in unterschiedlichster Ausprägung in ganz Hessen geprägt. Ob Hessentag in Fritzlar, EM in Frankfurt, der Kampagnenauftritt RESPEKT in Gießen oder zahlreiche Arbeitssitzungen im Innovation-Hub in Frankfurt. Der km-Zähler lief ordentlich rund. Neben zahlreichen Terminen standen auch viele Kennenlerngespräche an, ob mit dem Team des Ansprechpartners, der GLB'in h. D. oder auch dem Hauptschwerbehindertenvertreter. Eine große Hilfe waren während der ersten Einarbeitungszeit meine beiden Amtsvorgänger Karsten Bech und Jens Mohrher. Bei beiden konnten wichtige Erfahrungen und Informationen abgerufen werden, die den Einstieg in das neue Amt wesentlich erleichtert haben. **Daniel Klimpke**

Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig

Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main

Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10

E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de



Die GdP begleitet euch durch euer gesamtes Berufsleben

Aufbruch in das Berufsleben – Feiern zur Graduierung fanden landesweit am 5. Juli 2024 statt

Am Freitag, 5. Juli 2024, war es für die Studierenden – auch viele Familienmitglieder, Freunde und Partner waren natürlich mit dabei, des Studienjahrgangs 02/21 – P – so weit: Landesweit fanden Graduierungsfeiern in Vellmar für den Standort Kassel, Gießen, Hofheim für den Standort Wiesbaden und Neu-Isenburg für den Standort Mühl-

zei. Die Kriminalbeamtinnen und -beamten erhielten einen Ansteckpin mit Hessenlogo.

Mit einer herzlichen Begrüßung fand der Empfang der Studierenden und der zahlreichen Gäste in den festlichen Sälen der vier Städte statt. Diese besondere Atmosphäre trug sicherlich mit dazu bei, den erfolgreichen Abschluss – diesen hatten sich die Studierenden mit Fleiß und Anstrengung erworben – zu feiern.

Gleichzeitig hieß es Abschied nehmen von der Hochschule, der lieb gewonnenen ersten „Dienststelle“. Feiern war angesagt! Erwähnenswert: Es sind die Studierenden, die diese Graduierungsfeiern organisieren und gestalten. Dafür gehört ihnen eine besondere Anerkennung an dieser Stelle ausgesprochen.

Die bereichernden Festansprachen in Nord-, Mittel-, West- und Südosthessen hielten Regierungspräsident Marc Weinmeister, Polizeipräsident (PP MH) Torsten Krückemeier, Polizeipräsident (PP WH) Felix Paschek und der Landesvorsitzende der GdP, Jens Mohrherr.

Mohrherr würdigte die Leistungen der Studierenden, aber auch die damit einher-

gehende Begleitung durch die Angehörigen in den sicherlich nicht immer einfachen Zeiten. Mahnende Worte richtete er mit Blick auf den Mord an Rouven Laur, der sich erst wenige Wochen vorher, am 31. Mai, in Mannheim ereignet hatte. Die gefahrensneigenen Tätigkeiten im Polizeialltag sind es, die häufig gerade in Alltags- und Routinesituationen auftreten;

sie sind allgegenwärtig. Für alle Absolventen in Neu-Isenburg gab's aus den Händen des GdP-Chefs den offiziellen UEFA EURO Patch als Geschenk für die erbrachten Leistungen.

Bei den anschließenden Reden der Studierenden der Abschlussjahrgänge wurde die Bedeutung dieses Tages anhand einer beispielhaften Aussage deutlich: „Heute



Graduierung



Festansprache

Fotos: GdP Hessen

sind wir alle hier mit einem lachenden, aber auch einem weinenden Auge. Die wundervolle Zeit unseres Studiums ist mit dem heutigen Tag beendet. Es ist ein Tag des Stolzes, der Freude, aber auch mit einer Portion Wehmut durch die Erinnerung an Vergangenes. Ich will von einer der schönsten Zeiten in meinem Leben erzählen. Und das war sie. Die gemeinsame Zeit im Studium mit meinen Kolleginnen und Kollegen, Freunden, die zu einem Teil der Familie für mich geworden sind.“

Nach der Übergabe der Ernennungsurkunden zu Polizei- und Kriminalkommissarinnen und -kommissaren sowie der Würdigung der Jahrgangsbesten durch Führungskräfte der HöMS und der Polizei Hessen, wurde der Anlass genutzt, um diesen bedeutenden Moment mit Familienmitgliedern, Freunden und Hochschullehrkräften zu genießen und endlich zu feiern.

Die Dienststellen freuen sich nunmehr über die personellen Verstärkungen. Wollen wir hoffen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen allesamt gesund und behütet von den jeweiligen Diensten wieder nach Hause zurückkehren können. **Jens Mohrherr**

heim am Main statt. 450 Absolventinnen und Absolventen, unsere neuen Kolleginnen und Kollegen, der Studiengänge Schutz- bzw. Kriminalpolizei wurden mit dem akademischen Grad „Bachelor of Arts“ (B. A.) ausgezeichnet. Zudem gab es als sichtbares Zeichen auch die Schulterklappen für die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpoli-